

»Ihr könnt mich mal«

SPIEGEL-Gespräch Der eine konnte noch nie etwas mit Amerika anfangen, bei dem anderen ist es enttäuschte Liebe – in ihrer Kritik an den USA aber sind sich Altkanzler Gerhard Schröder und der Historiker Gregor Schöllgen einig. In ihrem Verständnis für Russland auch.

Schröder, 76, federt durch das Büro seiner Anwaltskanzlei in Hannover. Auf den Tischen liegen Kunstbücher, auf dem Boden zwei Hanteln. Der Altkanzler begrüßt Schöllgen, 69, der direkt vom Bahnhof kommt und noch seine Maske trägt. Der renommierte Historiker aus Erlangen hat vor Jahren eine dickleibige Schröder-Biografie verfasst. Regelmäßig diskutieren die beiden über die Weltlage. Aus diesen Gesprächen ist jetzt ein gemeinsames Buch entstanden, das in diesen Tagen erscheint. Es trägt den Titel »Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen«. Ja – warum eigentlich?*

SPIEGEL: Herr Schröder, Herr Schöllgen, was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie die Bilder der Erstürmung des Kapitols in Washington sahen?

Schröder: Ich habe mir nicht vorstellen können, dass ein US-Präsident zu einem Sturm auf das Kapitol aufruft, um das Weiße Haus nicht räumen zu müssen. Klar ist ja, dass Trump die Aggressivität der Demonstranten noch befeuert hat, als er sie aufforderte, zum Kapitol zu ziehen.

Schöllgen: Mich hat das Szenario überrascht, nicht aber die Eruption an sich. Ich habe Anfang der Neunzigerjahre in Amerika gelebt. Schon damals hatten viele weiße Amerikaner das Gefühl, ins Hintertreffen zu geraten. Trump hat diese Karte ohne jeden Skrupel gespielt.

Schröder: Seit es die Tea-Party-Bewegung gibt, musste man mit solchen Entgleisungen rechnen. Was sich in den USA in letzter Zeit abgespielt hat, war mehr, als eine zivilisierte Gesellschaft ertragen kann. Nehmen Sie den Mord an dem Schwarzen George Floyd, dessen Satz »I can't breathe« um die Welt ging. Trump hat das Vorgehen der Polizei ja quasi gerechtfertigt.

SPIEGEL: War Trump vielleicht nur ein Betriebsunfall in der US-Geschichte?

Schröder: Was seine Aggressivität angeht, ja. Und auch was seine Verachtung demokratischer Institutionen betrifft. Aber außenpolitisch steht Trump durchaus in der Kontinuität seiner Vorgänger. Die haben ihre Partner auch nicht immer so behan-

delt, als würden sie auf Augenhöhe stehen. Deshalb muss man damit rechnen, dass auch für Trumps Nachfolger Joe Biden erst einmal America First gelten wird.

Schöllgen: 74 Millionen Amerikaner haben Trump gewählt. Die meisten von ihnen wollen offenbar keine klassische Partnerschaft mehr. Damit hat sich eine Entwicklung bestätigt, die wir schon seit einiger Zeit beobachten.

SPIEGEL: Sie erwarten also von Biden keinen Aufbruch?

Schröder: Der Ton wird sicher konzilianter und manche Kontroverse gelöst werden. Aber das transatlantische Verhältnis, wie wir es über Jahrzehnte gekannt haben, ist Geschichte. Trump hat nur zerschlagen, was ohnehin nicht zu retten war.

SPIEGEL: Über die USA schreiben Sie in Ihrem Buch kaum Gutes. Ihr Vorvorgän-



Autoren Schröder, Schöllgen: »Was sich in den USA in letzter Zeit

* Gregor Schöllgen, Gerhard Schröder: »Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen«. DVA; 248 Seiten; 22 Euro.

ger im Amt, der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt, war noch fasziniert von der Dynamik des Landes.

Schröder: Das habe ich nie so empfinden können. Ich habe nie in Amerika gelebt und hatte auch kein Bedürfnis danach. Ich bin eben durch und durch Europäer. Herr Schöllgen und ich sehen die gegenwärtige US-Politik sehr kritisch, auch den Zustand der Gesellschaft – ohne antiamerikanisch zu sein.

SPIEGEL: Wirklich nicht?

Schröder: In Göttingen bin ich als Student gegen den Vietnamkrieg auf die Straße gegangen. Aber 1963 habe ich sogar an einer proamerikanischen Demonstration teilgenommen. Nach der Ermordung von John F. Kennedy wollten wir unsere Trauer und unser Mitgefühl ausdrücken.

Schöllgen: Mein Amerikabild war lange Zeit positiv. Dass ich frei und in relativem Wohlstand aufgewachsen bin, hatte maß-

geblich damit zu tun, dass die Amerikaner hier waren. Dafür war ich ihnen dankbar. **Schröder:** (lacht) Ich nur eingeschränkt, denn ich bin ja auch nicht als Teil der Bourgeoisie aufgewachsen.

SPIEGEL: Sie, Herr Schröder, sind 1981 erstmals in die USA gereist. Da waren Sie schon 37 Jahre alt. Warum erst dann?

Schröder: Weil ich vorher keinen Grund hatte. Ich habe mein Abi auf dem zweiten Bildungsweg gemacht, deshalb war mein Englisch schlecht. Ich bin eher nach Italien oder Frankreich gefahren. Doch dann wurde ich als »Young Leader« in die USA eingeladen. Wir sind quer durchs Land gereist und haben bei Familien übernachtet. Sehr angenehme Leute, amerikanische Mittelklasse. Aber ich hatte immer das Gefühl, das ist eine andere Welt.

SPIEGEL: Woran machten Sie das fest?

Schröder: Die interessierte nicht sonderlich, was außerhalb ihres eigenen Umfelds

passierte. Ich kann mich an eine Begegnung mit einem General im Pentagon erinnern. Als ich erzählte, dass ich aus Deutschland komme, fragte er mich: »East or West?« Als ob jemand aus der DDR einfach so vorbeikommen könnte. Die Bereitschaft, sich mit Europa ernsthaft zu befassen, war selbst auf dieser Ebene nicht sonderlich ausgeprägt.

SPIEGEL: Und wann waren Sie zuletzt in den USA?

Schröder: Schon länger nicht mehr. Das letzte Mal sollte ich mich in der Berliner US-Botschaft von einem Konsultatsmitarbeiter befragen lassen, was das Thema meines Vortrags sei und ob ich dafür bezahlt werde. Das seien nun einmal die Vorschriften. Ich habe gedacht: »Ihr könnt mich mal.« Stellen Sie sich vor, so würde man bei uns mit einem früheren US-Präsidenten umgehen. Die Regelung stammt übrigens nicht von Trump, sondern von seinem Vorgänger Obama.

SPIEGEL: Die Zeithistorikerin Helga Haftendorn hat die USA als »gütigen Hege-
mon« bezeichnet.

Schröder: Davon kann keine Rede mehr sein.

SPIEGEL: Immer schon oder erst seit Trump?

Schröder: Vorher schon. Das begann mit Obama und wurde mit Trump nur noch brutaler.

Schöllgen: Erinnern Sie sich, wie Obama 2011 mit der Kanzlerin in der Libyenfrage umgesprungen ist? Deutschland war damals nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, und die Abstimmung über Luftschläge gegen die Truppen von Muammar al-Gaddafi stand an. Obama hatte signalisiert, er werde sich nicht beteiligen. Berlin wollte das auch nicht. Aber dann stimmten die Amerikaner dafür, Deutschland enthielt sich, und Merkel musste sich anhören, sie habe nicht mit den Verbündeten votiert.

SPIEGEL: Gibt es überhaupt noch so etwas wie ein Konzept des Westens?

Schöllgen: Solange die Sowjetunion existierte, gab es auch einen vergleichsweise geschlossenen Westen. Denn der Westen war eine militärische, wirtschaftliche und auch weltanschauliche Reaktion auf den Osten. Ohne den Osten hätte es den Westen in dieser Form nicht gegeben.

SPIEGEL: Die Sowjetunion ist als Gegner weggefallen, aber die westlichen Staaten bekennen sich doch immer noch zu gemeinsamen Werten wie Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten.

Schröder: Ja, das stimmt, aber man sollte auch nicht die politischen Veränderungen ignorieren.

SPIEGEL: Das bedeutet?

Schröder: Dass man zum Beispiel Russland nicht mit der Sowjetunion gleichsetzen sollte. Und wenn man den Zusammenhalt des Westens als Reaktion auf die



Johannes Ait / DER SPIEGEL

abgespielt hat, war mehr, als eine zivilisierte Gesellschaft ertragen kann«

Sowjetunion versteht, dann liegt es nahe, dass deren Auflösung sich auch hier auswirken muss. Sehen Sie sich Polen und Ungarn an. Sind das noch Demokratien oder mehr und mehr autoritäre Staaten? Wo ist denn da die Wertegebundenheit der Außenpolitik? CDU und CSU schaffen es ja nicht einmal, sich von der Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu trennen, sondern kooperieren mit ihr im Europaparlament.

SPIEGEL: So hart Sie mit den Amerikanern ins Gericht gehen, so viel Verständnis haben Sie für die Russen. Den Westen beschreiben Sie meist als Täter, Russland als Opfer. Ziemlich holzschnittartig, oder?

Schröder: Es gibt auch schöne und richtige Holzschnitte.

Schöllgen: Wenn Sie unter »Täter« jemanden verstehen, der Initiativen ergreift, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen, dann sind die Amerikaner für uns tatsächlich Verursacher.

SPIEGEL: Das müssen Sie uns erklären.

Schöllgen: Mit dem Untergang der Sowjetunion hatte die Nato ihren Zweck erfüllt. Man hätte sie also in ihrer bestehenden Form auflösen oder zumindest grundlegend reformieren können. Aber das geschah nicht. Man nahm neue Mitglieder auf und verschob damit die Bündnisgrenze in Richtung Russland.

SPIEGEL: Und entsprach damit dem legitimen Wunsch vieler osteuropäischer Staaten, die sich nach Jahrzehnten der Gängelung vor Moskau in Sicherheit bringen wollten.

Schöllgen: Ja, natürlich gab es dafür gute Gründe, über die man reden kann. Aber versetzen Sie sich mal in die Rolle des russischen Präsidenten. Boris Jelzin und dann Wladimir Putin müssen doch gedacht haben, hoppla, was machen die da eigentlich? Die haben doch obsiegt, warum lassen sie es nicht dabei? Warum kündigen die Amerikaner den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und bauen danach genau solche Anlagen in Rumänien und Polen?

Schröder: (lacht) Die sollen uns ja vor den Mittelstreckenraketen aus Iran schützen.

SPIEGEL: Die meisten osteuropäischen Staaten sind doch in Ihrer Amtszeit der Nato und der EU beigetreten.

Schröder: Ja, weil wir gesagt haben, okay, diese Länder können souverän entscheiden, ob sie in die EU oder in die Nato wollen. Das ist ihr gutes Recht.

SPIEGEL: Aber?

Schröder: Damit war ja nicht Schluss, denn dann ging die Diskussion los – und zwar vor allem aus Amerika –, Georgien und die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Das war nichts anderes als eine Einkreisungsstrategie gegenüber einem Russland, das damals sehr viel offener war für eine Kooperation mit Europa, aber auch mit der Nato.

SPIEGEL: Als Putin im September 2001 vor dem Bundestag redete, gab es noch Standing Ovationen, weil man hoffte, dass Putin aus Russland ein westliches Land machen würde.

Schröder: Die Hoffnung mag da gewesen sein, aber wer sich etwas intensiver mit Russland beschäftigte, dem musste klar sein, dass es schwierig sein würde, ein so riesiges Land in eine Westminster-Demokratie zu verwandeln. Die Deutschen haben das nach dem Krieg ja auch nur mit amerikanischer Hilfe geschafft.

SPIEGEL: Und so hat Putin aus Russland keine Westminster-Demokratie gemacht, sondern einen Mafiastaat.

Schröder: Solche Etiketten werden Sie von mir nicht hören.

SPIEGEL: Sie sind Aufsichtsratsvorsitzender des staatlich gelenkten russischen Konzerns Rosneft und haben Putin immer verteidigt. In Ihrem Buch aber schreiben Sie, Putin habe Grenzen überschritten, »die nicht überschritten werden sollten«.

Schöllgen: Nein, in dem Buch ist von Russland die Rede, nicht von Putin.

SPIEGEL: Okay, das ist eine interessante Unterscheidung. Wo liegt für Sie der Unterschied?

Schöllgen: Wir wissen, dass Putin die maßgebliche Kraft in Russland ist, aber ob er nun wirklich für alles verantwortlich ist, was sich mit Russland verbindet, das wissen wir nicht. Deshalb haben wir diese Formulierung mit Bedacht gewählt.

SPIEGEL: Aber noch mal – welche Grenzen sind überschritten worden?

Schröder: Die Annexion der Krim war ein klarer Bruch des Völkerrechts. Diese Feststellung beantwortet aber nicht die Frage nach dem Grund. Mal angenommen, die Ukraine wäre tatsächlich der Nato beigetreten, wie es die Amerikaner wollten. Dann hätte Sewastopol, einer der wichtigsten Marinehäfen Russlands, auf dem Gebiet des westlichen Bündnisses gelegen.

SPIEGEL: Aber die Annexion der Krim war ja keine Reaktion auf eine mögliche Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Kiew wollte mit der EU ein Assoziationsabkommen schließen.

Schröder: Die europäische Perspektive für die Ukraine ist ja auch richtig, muss aber



Schröder, Schöllgen, SPIEGEL-Redakteure*
»Über Druck gelingt es selten«

in einem Gesamtkonzept gesehen werden, welches das Verhältnis zu Russland und seine Sicherheitsinteressen berücksichtigt. Wir brauchen, wie es einmal Hans-Dietrich Genscher gefordert hat, eine Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok.

SPIEGEL: Was ist die angemessene Reaktion auf einen klaren Bruch des Völkerrechts? Sanktionen?

Schröder: Davon halte ich nichts, weil ich nicht sehe, was sie erreichen sollen. Es wird keinen russischen Präsidenten geben, der die Krim wieder rausrückt.

SPIEGEL: Wenn nicht Sanktionen – was dann?

Schröder: Der Irakkrieg stand auch nicht unbedingt im Einklang mit den Statuten der Vereinten Nationen. Was wollen Sie machen in so einer Situation? Sie können diplomatisch aktiv werden, um Wiederholungen zu vermeiden. Und Sie können versuchen, Konflikte mit vertrauensbildenden Maßnahmen aufzulösen. Das ist schwierig genug.

Schöllgen: Nehmen Sie die offensive Siedlungspolitik Israels, die ebenfalls ein klarer Bruch des Völkerrechts ist. Auch für diese Politik gibt es subjektiv nachvollziehbare Gründe. Und es ist absurd zu glauben, dass die Israelis die Siedlungen je wieder räumen werden – Sanktionen hin oder her.

SPIEGEL: Sie finden, wir müssen uns damit abfinden, dass solche Konflikte durch außenpolitischen Druck nicht gelöst werden können?

Schröder: Über Druck gelingt es in den seltensten Fällen. Es geht darum, über einen Dialog zu Lösungen zu kommen.

SPIEGEL: In welchen Fällen hat Russland noch Grenzen überschritten?

Schröder: Mit seinen Hackerangriffen unter anderem auf den Bundestag. Aber auch sie haben doch nichts mit der grundsätzlichen Frage zu tun, wie unser Verhältnis zu Russland aussehen sollte. Wir ändern unser Verhältnis zu den USA ja auch nicht, wenn sie das Handy der Bundeskanzlerin abhören.

SPIEGEL: Und die Mordanschläge auf Sergej Skripal oder Alexej Nawalny? Tangieren die nicht das Verhältnis zu Russland?

Schröder: Natürlich, das ist doch gar keine Frage. Aber die Reaktionen hängen, wie wir es im Buch beschrieben haben, von einigen Fragen ab, etwa der Eindeutigkeit der Beweislage und der zweifelsfreien Identifizierung der Verdächtigen. Ich habe sehr deutlich gesagt, was ich davon halte, und Herrn Nawalny mein Mitgefühl ausgedrückt.

SPIEGEL: Während Sie zugleich gegen die »Bild«-Zeitung klagen, die ein Inter-

* Konstantin von Hammerstein (2. v.l.) und Klaus Wiegrefe (r.).



Johannes Ait / DER SPIEGEL

Sozialdemokrat Schröder: »Trump hat zerschlagen, was ohnehin nicht zu retten war«

view mit Nawalny abgedruckt hat, in dem er Sie als »Laufburschen Putins« bezeichnet, der Mörder schütze.

Schröder: Meinungen dieses Blattes kommentiere ich grundsätzlich nicht. Im Übrigen kann ich mich zu einem laufenden Verfahren nicht äußern.

SPIEGEL: Der Kreml unterhält Beziehungen zu allen möglichen unappetitlichen, rechtsextremen Parteien in Europa. So hat Außenminister Sergej Lawrow gerade AfD-Chef Tino Chrupalla in Moskau zum offiziellen Mittagessen empfangen. Auch eine Grenzüberschreitung?

Schröder: Das halte ich für einen Fehler. Ich kann das nicht nachvollziehen.

SPIEGEL: Amerika beschreiben Sie als unzuverlässig, Russland taugt nicht zum Verbündeten, zugleich scheint Chinas Aufstieg zur neuen Supermacht unaufhaltsam zu sein. Wo sehen Sie Deutschlands Rolle in diesem Dreieck?

Schröder: Ganz so apodiktisch wie Sie würde ich das nicht formulieren. Ohne die USA, Russland und China werden wir keine der großen globalen Herausforderungen meistern können. Und zwischen diesen Mächten muss Europa seine Rolle finden, und zwar als eine reformierte Europäische Union.

SPIEGEL: Inwiefern reformiert?

Schröder: Erstens brauchen wir in der EU dringend Mehrheitsentscheidungen. Und wir müssen endlich umsetzen, was ich mit meinen Kollegen aus Frankreich und

Belgien 2003 auf dem sogenannten Pralinen Gipfel in Brüssel diskutiert habe: die Schaffung einer wirklich einsatzfähigen europäischen Armee unter der politischen Führung Europas. Wenn sich Europa zwischen den USA und China behaupten will, muss es unbedingt stärker werden – politisch und auch militärisch.

SPIEGEL: In Ihrem Buch fordern Sie, die Nato in ihrer »bestehenden Form« aufzulösen.

Schöllgen: Die Nato hat sich doch faktisch aufgelöst. Bei internationalen Einsätzen wie in Libyen handelt sie schon lange nicht mehr geschlossen.

Schröder: Sehen Sie sich an, was in der Ägäis abläuft: Griechen und Türken stehen einander hochgerüstet gegenüber. Der französische Präsident sagt, er werde den Griechen notfalls beistehen. Der amerikanische Präsident droht den Türken, er werde ihre Wirtschaft zerstören, wenn sie nicht spuren. Das sind doch politische Auflösungserscheinungen, die man endlich zur Kenntnis nehmen...

SPIEGEL: ... und die Nato zerschlagen muss?

Schröder: Es macht keinen Sinn, die militärischen Strukturen kaputt zu machen. Die brauchen wir. Es geht um den politischen Überbau.

SPIEGEL: Und das bedeutet?

Schröder: Dass wir uns ergänzend zur Präsenz der Amerikaner überlegen müssen, wie wir die Nato europäisieren können.

Wir müssen in der Lage sein, als Europäer notfalls auch allein militärisch intervenieren zu können, und zwar innerhalb der Nato-Strukturen.

SPIEGEL: An welche Art von Einsätzen denken Sie?

Schröder: An Afrika etwa. Alles, was da passiert, tangiert Europa direkt. Zum Beispiel bei der Migration. Wir können doch die Franzosen nicht allein lassen, weil die da mal Kolonialmacht waren. Wenn es in Afrika eine Bedrohung für Europa gibt, müssen wir sie auch europäisch angehen, und im Zentrum stehen dann Deutschland und Frankreich. Wer sonst?

SPIEGEL: Dann werden die Deutschen den Franzosen nicht mehr die gefährlichen Einsätze überlassen können wie bisher. Für die SPD ist das Sprengstoff.

Schröder: (lacht) Für meine Partei ist alles Mögliche Sprengstoff. Dafür kann ich ja nichts.

SPIEGEL: Sie haben Ihrem Buch den Titel »Letzte Chance« gegeben. Glauben Sie wirklich, dass die Welt untergeht, wenn sie Ihre Ratschläge nicht befolgt?

Schröder: So ein Titel soll provozieren. Es ist an der Zeit, dass wir über diese Dinge endlich mal nachdenken.

Schöllgen: Immerhin haben wir noch eine Chance. Das ist doch schon was.

SPIEGEL: Herr Schröder, Herr Schöllgen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.